

Rosenbrock, Rolf

Book Part — Digitized Version

Sozialpolitik auf der schiefen Ebene: Ko-Referat zu Adalbert Evers "Sozialpolitik als Gestaltung von Lebensweisen"

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Rosenbrock, Rolf (1986) : Sozialpolitik auf der schiefen Ebene: Ko-Referat zu Adalbert Evers "Sozialpolitik als Gestaltung von Lebensweisen", In: Universität Bremen, FB II, Forschungsschwerpunkt Reproduktionsrisiken, soziale Bewegungen und Sozialpolitik (Ed.): Sozialpolitische Bilanz I: Referate auf der Tagung der Sektion Sozialpolitik der Deutschen Gesellschaft für Soziologie am 3.-4. Mai 1985 in Bielefeld, Universität Bremen, Bremen, pp. 113-124

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122831>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Rolf Rosenbrock

Sozialpolitik auf der schiefen Ebene
Ko-Referat zu: Adalbert Evers, Sozialpolitik als
Gestaltung von Lebensweisen

In der gegenwärtigen Phase eines umfassenden sozialen Umbruchs verändern sich Themenfelder und Konfliktlinien in der Sozialpolitik, weil die Ambivalenz der Ergebnisse von Sozialpolitik zwischen Ohnmachtsgefühl und Souveränitätsgewinn die Zielgröße Lebensqualität kontrovers hat werden lassen. Die immer stärkere marktökonomische und staatlich-regulative Durchdringung der Gesamtheit der Arbeits- und Konsumtionsbeziehungen läßt es sachgerecht erscheinen, das sozialpolitische Bezugskonzept "Lebenslage" durch das der "Lebensweise" zu ersetzen. Herkömmliche normative Bezugsgrößen und Optionen der Sozialpolitik werden dabei fragwürdig.

So könnte man - grob gefaßt - die These des Papiers von Adalbert Evers zusammenfassen. Auf dieser sehr allgemeinen Ebene könnte man - cum grano salis - großen Teilen der Befunde zustimmen. Indes meldet sich Kritik auch an den Grundlinien der Argumentation, wenn man untersucht, wie Evers (1) umfassenden sozialen Umbruch und (2) die Herausbildung neuer Themenkonfigurationen faßt. Dann wird auch fragwürdig, (3) welcher analytische Gewinn mit dem Perspektivwechsel von der Lebenslage zur Lebensweise verbunden sein kann und (4) welchen realen Gehalt die Rede von der Programmierung von Lebensweisen hat und was (5) von den angedeuteten Konsequenzen in bezug auf anzustrebende sozialpolitische Optionen zu halten ist.

- 1) Evers geht von der Gegebenheit eines "umfassenden sozialen Umbruchs" (S. 2)* bzw. von "gegenwärtigen Umbruchprozessen" (S. 12) aus, die die Notwendigkeit einer Neubestimmung der "politischen Gestaltbarkeit von Lebensverhältnissen" (S. 2) konstituieren. Ausgangspunkte seiner Analyse sind auf der Seite der unabhängigen Variablen: Erschließung neuer Märkte für neue Technologien und Konsumgüter, die nicht nur in Kategorien von Reproduktionskosten und Kaufkraft, sondern auch wegen widerständigen Lebensweisen ("soziale Akzeptanz") blockiert ist (S. 12f). Weitere Bestimmungen dieser Umbruchsituation sind Kosten und "Unwirtschaftlichkeit" des herkömmlichen sozialstaatlichen Modells (S. 13) und "knappere Ressourcen" (S. 24). Ansonsten werden eher säkulare Trends (Bedeutungszunahme und Ineinanderwachsen staatlicher Agenturen und großer Kapitale, Sozialpolitik als relativ dauerhafte Herstellung von Wertemustern und kulturellen Orientierungen, 'Kolonialisierung der Lebenswelt' etc.) als Ursachen beschrieben.

Auf der Ebene der Betroffenheit (abhängige Variable) von diesem "umfassenden sozialen Umbruch" findet sich neben "der Technologie" "als Menetekel" (S. 1), der "Bedrohung von Lebensweisen, -perspektiven und -hoffnungen" durch "geplante und gezielte Beeinflussung der Qualität (nicht nur defizitärer) Lebenslagen" (S. 2) die "wachsende Bedeutung von marginalisierter Armut" (S. 23).

Es spricht gerade in Bezug auf Sozialpolitik, als Modus der Regulierung sozialer Problemlagen, viel für die Hypothese eines Strukturbruchs, für eine tiefgreifende Veränderung der diesen auslösenden und durch ihn problemverstärkend bewirkten Verschiebung der gesellschaftlichen Machtrelationen.

* Die Seitenangaben beziehen sich auf das Manuskript von Evers, wie es auf der Arbeitstagung der Sektion vorgelegen hat.

Ich sehe diesen Strukturbruch allerdings anders begründet:

Die meisten Analysen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der vergangenen und der vor uns liegenden Jahre weisen unabhängig von unterschiedlicher politischer und wissenschaftlicher Zielrichtung und verschiedenen Blickwinkeln in den Grundlinien eine hohe Übereinstimmung auf: nationale wie Welt-Marktveränderungen, staatliche Wirtschaftspolitiken und die Entscheidungen von Einzelunternehmen stimulieren eine breiter werdende Öffnung der Produktivitäts-Produktionsschere. Auf Basis der absehbaren Entwicklungen der kaufkräftigen Nachfrage, des Angebots an Arbeitskräften und der Verteilung der bezahlten Arbeit muß davon ausgegangen werden, daß Massenarbeitslosigkeit in den nächsten Jahren auch für die Sozialpolitik das Schlüsselproblem bleiben wird, solange keine vernünftige Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit gefunden und durchgesetzt ist. Dies betrifft nicht nur die für dieses Risiko konstruierten, staatlich und parastaatlich verfaßten Systeme der sozialen Sicherung, die bereits heute an die Grenzen ihrer finanziellen und organisatorischen Leistungsfähigkeit stoßen.

Vielmehr impliziert die damit gegebene Ausprägung des Arbeitsmarktes als Käufermarkt eine Reihe von zusätzlichen sozialpolitisch relevanten Problemlagen innerhalb, am Rande und außerhalb der Arbeitswelt. Da Fritz Böhle in seinem Referat auf wesentliche Auswirkungen innerhalb der Arbeitswelt schon eingegangen ist, beschränke ich mich auf die anderen Aspekte:

Die gesellschaftlich zentrale Institution des kollektivrechtlich gesicherten Arbeitsvertrages auf Vollzeitbasis stellt zwar immer noch den Normalfall dar. Jedoch führen die Veränderungen in der Produktionssphäre bei gegebener Arbeitsmarktlage zu einer vermehrten Infragestellung aller zentralen Dimensionen dieses Vertragstypus und damit auch der durch ihn strukturierten Lebenslagen. Der Status abhängiger Arbeit als gesellschaftlicher Normalfall franst hinsichtlich der rechtlichen materiellen und sozialen Sicherung nach unten hin aus. Teilzeitbeschäftigung in vielfältiger Form, Heimarbeit, Gelegenheitsjobs, temporäre Beschäftigung in den öffentlich subventionierten "zweite" Arbeitsmärkten, in der Schattenwirtschaft oder sich alternativ verstehenden Betrieben, Teilnahme an sozial- und arbeitsmarktpolitisch induzierten Bildungsmaßnahmen bilden zusammen mit den Leistungsempfängern der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe, der "stillen Reserve" des Arbeitsmarktes, einer unsicher werdenden Altersrentenfinanzierung und dem breiter werdenden Sektor an und unterhalb der Armutsgrenze eine in Quantität und Qualität für die Bundesrepublik völlig neue sozialpolitische Gemengelage, die nicht nur die sozialrechtlichen Sicherungssysteme vor neue, überwiegend ungelöste Probleme stellt.

In diesem breiter werdenden Spektrum zwischen Lohnarbeit einerseits und Marginalisierung durch Armut andererseits werden sich neue Gruppierungen, neuartige Konfliktlinien zwischen den verschiedenen Akteuren und weiterhin massenhaft biographische Brüche, kurz: eine Fülle von neuen, teilweise hochproblemativen Lebenslagen bilden. Es spricht viel für die Hypothese, daß sich dabei ein grundlegender Wandel zwischen Wirtschafts-, Produktions- und Sozial-

politik andeutet, bei dem die Bezugsgröße für sozialstaatliche Leistungen von der Sicherung eines angemessenen Reproduktionsniveaus hin zur Durchsetzung der Verfügbarkeit von Arbeitskraft auch zu verschlechterten Konditionen des Arbeitsvertrages wechselt. Der innere Zusammenhang zwischen Produktionssphäre und Sozialpolitik wird dabei keineswegs aufgelöst,* sondern auf einem neuen, niedrigeren Niveau restrukturiert.

Dieser, sozialpolitischen Analyse- und Handlungsbedarf in neuen Dimensionen auslösende Zusammenhang wird von Evers nicht thematisiert. Er sorgt sich mehr oder statt dessen um die zunehmende Determination von Konsumptionsweisen vor allem wohl durch neue Kommunikations-Technologien (vgl. z.B. S. 1, S. 12f, S. 14, S. 22).

Nun ist unstrittig, daß die staatlich-privatwirtschaftliche Durchsetzung neuer Kommunikations-Technologien gesellschaftspolitische Probleme großen Ausmaßes aufwirft und daß die daraus resultierenden Einflüsse auf Perzeptions-, Deutungs- und Handlungsmuster auch unter sozialpolitischem Blickwinkel untersucht werden müssen. Eine solche Untersuchung hätte aber zur Voraussetzung, daß die ökonomische Krise mit ihren Verlaufsformen und Auswirkungen in der Sozialpolitik in die Betrachtung einbezogen werden. Prognosen und Bewertungen von Entwicklungsverläufen auch auf hohem Abstraktionsniveau wirken willkürlich, wenn die (notwendigerweise vorhandenen) ökonomischen und politischen Prämissen nicht offenlegt werden. Es ist z.B. nicht ohne weiteres einsichtig, warum die marktökonomische Durchsetzung von Kommunikations-Technologien ein wichtiges Zentrum

* Ein schönes Beispiel für diesen Zusammenhang findet sich - in einen anderen Zusammenhang gestellt - bei Evers auf S. 19.

des sozialpolitischen Umbruchs sein sollen. Die Veränderungen des gesamtgesellschaftlichen Stellenwertes von Sozialpolitik (siehe oben) und die Durchsetzung von Marktökonomie im Bereich bisher sozialstaatlich organisierter Versorgung selbst (Entstaatlichung, Privatisierung, Deregulierung, privatwirtschaftlich verfaßte Sicherungssysteme etc.) scheinen mir wesentlich ergiebiger Ansatzpunkte für die Analyse der ablaufenden und absehbaren Veränderungen im Bereich der Sozialpolitik zu liefern. In jedem Falle scheint es aber erforderlich, sozialpolitische Analysen und Konzepte stärker mit der politischen Ökonomie zu verknüpfen, als dies bei Evers zu finden ist.

- 2) Evers argumentiert, daß sich gegenwärtig wie in allen historischen Umbruchsituationen neue Themen der Sozialpolitik herausbilden, daß derzeit insbesondere die "soziokulturelle Dimension von Lebensweisen" in den Mittelpunkt rückt. Für einige empirisch-vergleichende Hinweise wäre man hier dankbar gewesen.

Daß Krisensituationen zu Themenverschiebungen führen, ist unstrittig. Wichtig erscheint jedoch, darauf hinzuweisen, daß diese Ent-, Neu- und Umthematierungen ihrerseits auch Ergebnis von Verschiebungen im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis sind. Dies gilt nicht nur für die "sichtbaren" Prozesse des Ab- und Umbaus sozialstaatlicher Sicherungssysteme, sondern auch für die latenten Funktionen der Sozialpolitik (z.B. der schichtenspezifischen Sozialisation), die als Voraussetzungen und Folgen von Sozialpolitik in allen Phasen eine wichtige Rolle gespielt haben und spielen.

Die Herausbildung und die historischen Ausprägungen von Sozialpolitik folgen weniger einer evolutionären Entwicklungslogik gesamtgesellschaftlicher Modernisierung, sondern sind vielmehr Gegenstand überwiegend konflikt-

ver Auseinandersetzungen zwischen gegensätzlichen "Sozialgestalten" und "Sozialideen". Die Politik-ergebnisse tragen regelmäßig den Charakter von labilen Kompromißgleichgewichten, in denen sich die jeweilige Ausprägung der grundlegenden gesellschaftlichen Machtasymmetrien ("schiefe Ebene") auffinden lassen.

"Historisch gewachsene soziale Rechtsansprüche und -vorstellungen" (S. 23) sind deshalb durchgängig Ausprägungen der im historischen Zeitraum ihrer mehr oder weniger offen kämpferischen Durchsetzung gegebenen Ungleichgewichte.

Dies zieht zwei wichtige Folgerungen nach sich, die von Evers nicht hinreichend berücksichtigt werden:

- Prinzipiell stehen bei tiefgreifenden Veränderungen der gesellschaftlichen Machtrelationen auch erkämpfte Rechtsansprüche zur Disposition. Von dieser herrschaftsgeprägten Entwicklung und den mit ihr verbundenen Entwicklungstendenzen ist bei Evers kaum die Rede.
- Macht vermittelt unter anderem Definitionsautorität. Dies hat Auswirkungen sowohl darauf, "was als Gegenstand von Sozialpolitik thematisiert und prioritär wird" (S. 7) (Bestimmung der Themen), in welcher Konfiguration von Akteuren, Institutionen und Staatsfunktionen das Thema bearbeitet wird (Bestimmung der Arenen) und damit: mit welchem Medien (in der Sozialpolitik nach wie vor bestimmend: Recht und Geld) die thematisierten Probleme angegangen, d.h. meist: kompensiert werden. Die Konstituierung von "Nähen oder gar Übereinstimmungen, kulturelle (n) Orientierungen" zwischen den "großen sozialen Kräften" (S. 6) ist deshalb nicht so sehr Ergebnis eines Konsensprozesses, sondern immer auch Ergebnis von offenem oder latentem Machtgebrauch.

- 3) Das bringt mich zum dritten Kritikpunkt, der sich an der Verschiebung der Perspektive von Sozialpolitik durch die Ersatzung des Begriffs der Lebenslage durch den Begriff der Lebensweisen festmachen läßt. Lebensweise als "Nexus individueller sowie kollektiver Formen der Lebensführung, der Gestaltung von und des Reflexes auf subjektive und objektive Lebensumstände" (S. 2) halte ich nicht für einen idealen Bezugspunkt sozialpolitischer Überlegungen, weder analytisch noch normativ. Der Begriff stellt sowohl in seiner Herkunft aus der life-style-Debatte wie in seiner Verwendung in gesundheitspolitischen Konzepten z.B. der WHO sehr stark auf Verhalten von Individuen und Kollektiven im Rahmen gegebener Determinanten und Spielräume ab. Er bezeichnet also eher die Seite der abhängigen Variablen. Sozialpolitische Überlegungen, die diesen Begriff in den Mittelpunkt stellen, tendieren erfahrungsgemäß dazu, die bewirkenden Kräfte, die unabhängigen Variablen eher unterzubelichten oder als gegeben hinzunehmen, um dann nach dem jeweiligen Optimum in der Nische zu suchen. Mit dem Systemzusammenhang geraten dadurch wichtige Optionen aus dem Blickfeld.

Hinsichtlich der Ergebnisse von Sozialpolitik im Spannungsverhältnis zwischen "Ohnmachtsgefühl" und "Souveränitätsgewinn" (S. 2) tendieren darauf gegründete Analysen dazu, die (unbestreitbaren) Kontrollelemente in der Sozialpolitik besonders stark zu betonen und die politische Produktion von materieller Sicherheit durch Sozialpolitik erheblich geringer zu gewichten. Der Souveränitätsgewinn, als Wert an sich und als Gegengewicht gegen soziale Kontrolle, hängt aber entscheidend von den materiellen Sicherungsrechten im Sozialstaat ab, die man bei Evers in seiner Aufzählung von kulturellen, zivilen, politischen und sozia-

len Rechten (S. 21) vergeblich sucht, für deren souveränitätsstiftende Wirkung er aber - in anderem Zusammenhang - ein schönes Beispiel bringt (S. 23).

Ich sehe keinen Vorteil darin, das sozialpolitische Konzept der Lebenslage durch eines der Lebensweise zu ersetzen, auch nicht unter dem erweiterten Blickwinkel von gesellschaftlichen Regulationsmodi oder -regimes. Das Konzept der Lebenslage umschließt dagegen die politisch (keineswegs ja nur staatlich) produzierten Faktoren und Verhältnisse, die - in den Worten von G. Weisser - gesellschaftliche Umstände, die den Spielraum des Einzelnen zur Entfaltung und Befriedigung seiner wichtigen Interessen bestimmen. Auch das - normative - Ziel der Sozialpolitik, die gesellschaftliche Hilfe zur Erhaltung oder Wiedererlangung einer Lebenslage, die bei schichten- und lebenslagenspezifisch erwartbaren Kräften ein menschliche Entfaltung erlaubendes Leben organisierbar und finanzierbar macht, bleibt im Lebenslagenkonzept konkreter und operationalisierbar.

Wenn nun Sozialpolitik "in die Gestaltung von Lebensweisen bewußt intervenieren will" (S. 21), und sei es auch nur mit dem Ziel, "die gewaltsamen Momente derartiger staatlicher Sozialisierungsleistungen zu verringern" (S. 31) dann müssen in einem solchen Konzept die individuellen Reaktions- und Verhaltensmuster der Betroffenen explizit zum Politikziel gemacht werden. Damit wäre m.E. die kritische Grenze zwischen Sozialpolitik als Angebot und - in der politischen Konsequenz - erzwingbarem Verhalten irreversibel überschritten.

- 4) Daran schließt sich als weiterer Einwand an, daß die These von der "politischen Produktion von Lebensweisen" (z.B. S. 11), stärker noch von der "Programmierung" von

Lebensweisen (S. 15) die sozialpolitische Realität nur begrenzt trifft: Schlichter und umfassender Leistungsabbau, Deregulierung und Entrechtlichung sowie die Freigabe ehemals sozialstaatlich regulierter Verwertungsfelder für Kapital und Marktökonomie mögen zwar Notlagen, chronische Krankheiten, Armut und Marginalisierung produzieren, aber es ist eigentlich kein politischer Akteur zu sehen, der an diesem Politikerergebnis ein spezifisches (Programmierungs-) Interesse hätte. Auch die Lebensweisen (als Reaktionsform auf prekäre Lebenslagen) sind durch solche Politik zwar im Sinne der Verringerung erreichbarer Optionen mitbewirkt, sicherlich jedoch nicht von irgend jemandem aktiv und bewußt programmiert.

Der Begriff der "Programmierung von Lebensweisen" impliziert eine Rationalität und Steuerungskapazität der politischen Akteure (i.w.S.), die sich so in der Realität nicht finden läßt. Die allenthalben beobachtbaren Ziel-Mittel-Inadäquanzen vor allem staatlicher sozialpolitischer Maßnahmen resultieren nicht zuletzt gerade aus dem Fehlen ausreichender Kenntnisse über den Verlauf von Thematisierungs- und Politikprozessen. Aufgreifkriterien und Bearbeitungsinstrumente dieser Politiken fragen immer noch primär nach dem "Woher?" des Problems, ohne allerdings über ausreichende politische, rechtliche und institutionelle Bearbeitungskapazitäten für die Beseitigung der Ursachen zu verfügen.

Diese kausal orientierte (d.h. nach dem Anspruchsgrund fragende) Sozialpolitik wird den sozialpolitischen Problemlagen immer weniger gerecht. Die alte sozialpolitische Frage, wie eine kausal wirkende (d.h. die Ursachen der Problemlagen beseitigende) und/oder final orientierte (d.h. direkt auf Verbesserung der Lebenslage zielende und damit eventuell in die kritische Zone der 'Programmierung von Lebensweisen' hineinragende) Betrachtungs- und Be-

arbeitsweise anzusetzen hätte und wie sie durchgesetzt werden könnte, verlangt heute in Anknüpfung an die Regulierungsdebatte und im Lichte der von Evers skizzierten Entwicklungen eine erneute Bearbeitung.

Die darin liegenden Aufgaben für sozialpolitische Forschung verlangen neue und differenzierte Konzepte. "Die zusammenfassende Redeweise von dem Sozialstaat" (S. 30) findet - von Ausnahmen abgesehen - den Kern ihrer Berechtigung gerade in der Abwesenheit kausaler Wirksamkeit bzw. finaler Orientierung, d.h. in dem konzentrisch um das zentrale gesellschaftliche Institut der Lohnarbeit herum konstruierte System kausal begründeter und fast nur kompensatorisch wirkender Leistungen. Die Identität verflüchtigt sich sofort, wenn einzelne sozialpolitische Risikobereiche und ihre jeweiligen Regulationsformen betrachtet werden. Das sozialpolitisch in seiner Legitimität sicher kaum bestreitbare Ziel "Gesundheit" löst sich dann z.B. auf in zahlreiche Unterthemen (z.B. die Bearbeitung der dominanten chronischen Volkskrankheiten) und Unterziele (gesellschaftliche Regulierung von Prävention, Kuration, Versorgung, Rehabilitation), die in verschiedenen Arenen mit jeweils unterschiedlichen Akteur-Interessen und -konstellationen bearbeitet oder auch nicht thematisiert und bearbeitet werden.

- 5) Wer unter den gegebenen nationalen und internationalen politischen und damit auch sozialpolitischen Rahmenbedingungen durch eine "Pluralität von Optionen und sozialpolitischen Strategien das Inkaufnehmen von neuen Uneinheitlichkeiten Ungewißheiten und auch Ungleichheiten ... (als) Element eines unumgänglichen Übergangsstadiums in einem Prozeß der Erneuerung der Formen einer politischen Produktion von Lebensweisen" (S. 33) fordert und damit fördert, muß sich die Frage gefallen lassen, wo er die Kräfte sieht, die diesen derzeit ohnehin politisch produzierten und auch programmierten Verlauf "zum Ausgangspunkt wieder verallgemeinerungsfähiger Regulierungen" (S. 31) machen, also ihn anhalten und umkehren können.

Verbindliche, Rechtssicherheit und Ansprüche konstituierende Regelungen in der Sozialpolitik sind zumindest auch Schutzregelungen für sozial Schwache, sie begrenzen die schiefe Ebene aus asymmetrischen Machtbeziehungen. Ich halte es für zumindest begründungspflichtig, für den Abbau solcher Regelungen zu plädieren.